

Postulat Roland Agustoni, Magden, vom 5. Mai 2009 betreffend ständige Verkehrsüberlastungen bei der Rheinfelder Autobahnzollanlage; Entgegennahme mit Erklärung

Aarau, 17. Juni 2009

09.153

I.

Text und Begründung des Postulats wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat mit folgender Erklärung entgegenzunehmen:

Die am 7. März 2009 eröffnete neue Rheinbrücke zwischen der deutschen A98 und der schweizerischen A3 hat über mehrere Jahrzehnte die verkehrspolitischen Diskussionen in der Region geprägt. Zu erinnern ist an den sogenannten 12-Punkte-Forderungskatalog der Region, welcher unter anderem eine Ausrichtung der Brücke auf die regionalen Bedürfnisse verlangte. Die Verbindung von der A3 zur A98 sollte insbesondere nicht Teil einer grossräumigen Autobahnumfahrung der Agglomeration Basel für den Transitverkehr werden. Die grenzüberschreitend abgestimmten Zielsetzungen hatten schliesslich massgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung und die Genehmigung des Projekts durch den Regierungsrat. Die angebotsorientierte Dimensionierung der neuen Verkehrsanlage entsprach dem politischen Willen des Kantons Aargau und der Region. Ihre Gesamtkapazität ist dementsprechend beschränkt. Mit einer Verkehrsbelastung von rund 20'000 Motorfahrzeugen pro Tag ist die neue Rheinbrücke bereits heute an der Kapazitätsgrenze einer zweistreifigen Strasse.

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) hat sich seit dem 1. Januar 2008 die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton verändert, das heisst die Nationalstrassen (inklusive Zubringer) liegen nun in der Kompetenz des Bundes. Die Forderungen des Postulats betreffen weitgehend Belange im Zuständigkeitsbereich des Bundesamts für Strassen (ASTRA), weshalb sich der Regierungsrat bei der Beantwortung auf eine Stellungnahme des ASTRA abstützt. Eine weitere Änderung hat sich im Dezember 2008 mit der Ausdehnung des Schengener Abkommens auf die Schweiz ergeben. Die erhoffte Verbesserung des Verkehrsflusses durch den Wegfall der systematischen Personenkontrolle an der Grenze ist bisher nicht eingetreten.

Sowohl die deutschen wie auch die schweizerischen Behörden erkannten die Problematik bei der Zollanlage Rheinfelden. Nicht der Schwerverkehr, sondern die Personenwagen verursachen die Stausituation in Fahrtrichtung Deutschland. Im Auftrag der Filiale Zofingen des ASTRA und unter Einbezug der Kantonspolizei Aargau sowie des Departements Bau, Verkehr und Umwelt werden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und bewertet. Das Ziel ist die lokale Verflüssigung des Verkehrs dort, wo heute die beiden Verkehrsströme aus Basel und Zürich in Richtung Deutschland auf einen Fahrstreifen zusammengeführt werden und gleichzeitig die Kantonsstrasse einmündet.

Ein Stau in diesem Bereich in Richtung Deutschland hat zwei zusätzliche unerwünschte Folgen. Einerseits haben zahlreiche Fahrzeuglenkende die Ausfahrt nach Rheinfelden/Kaiseraugst als kleinräumige Umfahrung entdeckt und benutzen dann den Kreisel auf der Kantonsstrasse sowie die Einfahrt nach Deutschland, um den Stau lokal zu umfahren. Andererseits meidet ein Teil des regionalen Verkehrs die auch als Umfahrung von Rheinfelden gedachte Autobahn und benutzt aus östlicher Richtung die Ortsdurchfahrt Rheinfelden und den Kreisel des Autobahnanschlusses Rheinfelden-West, um auf die Rheinbrücke zu gelangen. Diese zusätzlichen Fahrzeuge können zu einer Überlastung des Kreisels und in der Folge zu stockendem Verkehr auf der Kantonsstrasse führen.

Aufgrund der heute vorliegenden Erkenntnisse plant die ASTRA-Filiale Zofingen folgenden Versuchsbetrieb: Ab ca. Mitte August 2009 soll für eine Dauer von sechs bis acht Wochen der kurze einstreifige Streckenabschnitt im Bereich der Ein-/Ausfahrt der Kantonsstrasse von/nach Rheinfelden/Kaiseraugst auf zwei Fahrstreifen umsignalisiert werden. Dadurch kann aus heutiger Sicht die angestrebte Verflüssigung des Verkehrs erreicht werden. Gestützt auf die Erfahrungen aus dem Versuchsbetrieb und die Auswertung des verkehrstechnischen Gutachtens wird das ASTRA in Zusammenarbeit mit dem Kanton und den Zollbehörden eine definitive Lösung ausarbeiten lassen. Diese wird sowohl bauliche als auch steuerungstechnische Elemente umfassen und muss ins Gesamtkonzept "Verkehrsmanagement Schweiz" des ASTRA eingebunden sein.

Bei dem im Postulat ebenfalls angesprochenen LKW-Management handelt es sich grundsätzlich um ein Verkehrsleitsystem. Je nach Verkehrszustand werden unterschiedliche Betriebszustände geschaltet. Diese werden mittels verschiedener Anzeige- und Informationssysteme umgesetzt. Das LKW-Management Süd – Nord mit einer allfälligen Umleitung über die Zollanlage Basel-Weil wird automatisch gesteuert und ist direkt abhängig vom Füllgrad auf dem LKW-Parkplatz der Zollanlage in Deutschland. Das LKW-Management wird von der kantonalen Verkehrsleitzentrale (VLZ) überwacht und kann bei Bedarf übersteuert werden. Die VLZ erhält via Stauschlaufen und Kameras eine Rückmeldung zum Verkehrsaufkommen im Bereich der Zufahrt zur Grenzzollanlage Rheinfelden. Weiter ist die VLZ in ständigem Kontakt mit der Mobilen Einsatzpolizei, mit der Verkehrsmanagementzentrale Schweiz (VMZ-CH) des ASTRA in Emmenbrücke sowie mit der deutschen Seite. Aufgrund dieser Informationen wird fallweise entschieden, ob der LKW-Verkehr über Weil geleitet und ob allenfalls sogar die neue Rheinbrücke für den LKW-Verkehr gesperrt wird.

Fazit

Die Zuständigkeit für die neue Rheinbrücke Rheinfelden im Zug der Verbindung von der schweizerischen A3 zur deutschen A98 liegt seit dem 1. Januar 2008 beim Bundesamt für Strassen (ASTRA). Dieses hat die Problematik erkannt und arbeitet an der Entwicklung von verkehrstechnischen Lösungen. Der Regierungsrat wird das ASTRA dabei weiter unterstützen und sich dafür einsetzen, dass die erkannten Schwachstellen behoben werden, ohne die Kapazität des Rheinübergangs grundlegend zu erhöhen. Letzteres würde ein neues Projektverfahren bedingen.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. 1'812.–.

REGIERUNGSRAT AARGAU